

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Christian Ragger, Rosa Ecker, Christian Ries
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **Budget 2022 Untergliederung UG 21 Versorgungsgesetze**
Fragenkomplex Nummer 03 Opferfürsorgegesetz

Im Detailbudget 21.03.03. Opferfürsorgegesetz wird folgendes Ziel formuliert:

- 1) Beibehaltung der hohen Verfahrensqualität

Folgende Maßnahme, um dieses Ziel zu verfolgen, wird vorgeschlagen:

„Rechtskonforme und einheitliche Zuerkennung der gesetzlichen Ansprüche“

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

ANFRAGE

- 1) Wie viele Verfahren wurden seit 2011 nach dem Opferfürsorgegesetz durchgeführt?
- 2) Wie teilen sich diese Verfahren seit 2011 jeweils auf die einzelnen Bundesländer auf?
- 3) Wie lange haben diese Verfahren seit 2011 durchschnittlich, jeweils aufgelistet auf die einzelnen Jahre und Bundesländer, zeitlich in Anspruch genommen?
- 4) Wie hat sich die Anzahl der Beschwerden insgesamt im Verhältnis zu den erstinstanzlichen Entscheidungen (positiv und negativ entschieden) seit 2011 entwickelt?
- 5) Wie hat sich die Anzahl der Beschwerden aufgelistet auf die einzelnen Jahre und Bundesländer im Verhältnis zu den erstinstanzlichen Entscheidungen (positiv und negativ entschieden) seit 2011 entwickelt?



